



STAATSKANZLEI

Verantwortlich (i.S.d.P.)

Monika Fuhr
Sprecherin der Landesregierung
Telefon 06131 16-4720
Telefax 06131 16-4091

Marc Wensierski
Stellvertretender Sprecher
der Landesregierung
Telefon 06131 16-5701
Telefax 06131 16-4666

pressestelle@stk.rlp.de

Peter-Altmeier-Allee 1
55116 Mainz

Regierungserklärung von Ministerpräsidentin Malu Dreyer am 30. Januar 2013

Verantwortung und Zuversicht

Redemanuskript

Es gilt das gesprochene Wort.

Sperrfrist: Redebeginn.



PRESSEDIENST

Sehr geehrter Herr Präsident,
meine sehr geehrten Herren und Damen,
liebe Kollegen und Kolleginnen,
liebe Louise Grohme!

Louise Grohme, meine sehr geehrten Herren und Damen, wurde 1996 als vier Millionste Rheinland-Pfälzerin geboren. Sie ist heute 16 Jahre alt, ich begrüße sie sehr herzlich auf der Besuchertribüne des Landtags. Sie wird erleben, wie unsere Gesellschaft aufgrund der demografischen Veränderungen ein anderes Gesicht bekommt.

Louise Grohme wird den Wandel, den sie in ihrer Familie, in der Schule, bei der Arbeit, in der Kommune erlebt, selbst mitgestalten. Sie hat aber vor allem Anspruch darauf, dass die Politik heute Verantwortung für morgen übernimmt, dass wir im Hier und Heute die Zukunft, Ihre Zukunft, mit bedenken. Damit unser Land so lebenswert bleibt wie es ist, für alle Generationen! Damit die Jungen und die Älteren mit Zuversicht an morgen denken. Das ist Ziel und Auftrag meiner Politik.

Dieses Verständnis teile ich mit den Regierungsfractionen und dem Kabinett. Im Koalitionsvertrag heißt es: „Unser Ziel ist ein ökologisches, soziales und wirtschaftlich florierendes Rheinland-Pfalz“. Unser Bekenntnis gilt „einer Politik, die langfristig denkt, um kommende Herausforderungen zu bewältigen ... in Verantwortung für die Menschen und den Erhalt natürlicher Lebensgrundlagen.“

Die rot-grüne Regierungsarbeit muss mit meiner Regierungserklärung nicht neu erfunden werden. Der Koalitionsvertrag ist die Grundlage meines politischen Handelns. Die Grundlage ist also gelegt, wichtige Schritte sind getan, und ich freue mich darauf, die Regierungsarbeit in guter Zusammenarbeit mit meiner Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, mit Eveline Lemke, meiner Stellvertreterin, weiter zum Erfolg zu führen.

In meiner Regierungserklärung möchte ich mich auf das konzentrieren, was für mich mit Blick auf die Gestaltung unserer Zukunft von besonderer Bedeutung ist, d.h. auf die Akzente, die ich als Ministerpräsidentin setzen werde. Viele wichtige Themen, die unser Koalitionsvertrag festschreibt, sind bekannt und werden erfolgreich umgesetzt.

Dazu gehört die Innere Sicherheit. Rheinland-Pfalz ist ein offenes, aber auch ein sicheres Land. Das Risiko, Opfer einer Straftat zu werden, liegt bei uns seit vielen Jahren unter dem bundesweiten Durchschnitt. Mit jährlich mindestens 400 Neueinstellungen und einem Angestelltenprogramm stellen wir sicher, dass - wie im Koalitionsvertrag festgeschrieben, langfristig nicht unter 9.014 Beamtinnen und Beamte bei der Polizei ihren Dienst tun.

Auch bei den Gerichten, den Staatsanwaltschaften und den Justizvollzugsanstalten arbeiten täglich tausende Menschen mit hohem Engagement. Bürgernähe und die Unabhängigkeit der Justiz sind mir ein hohes Gut.

Ich nenne auch die gesellschaftliche Vielfalt, Chancengleichheit und Inklusion. Unser Land steht dafür. Ich nenne die Kultur, die Förderung der kulturellen Vielfalt, die



PRESSEDIENST

Frauenpolitik, die uns wichtig sind - auch den Verbraucherschutz, gesunde Ernährung, die Gesundheits- und Pflegepolitik.

Nachhaltigkeit, soziale Gerechtigkeit, soziale Sicherheit und Innovationsfreude prägen unseren Koalitionsvertrag. Sie sind die Grundlagen dafür, dass wir den jungen Leuten eine gute Zukunft und den Älteren ein gutes Ältersein ermöglichen können. „Vergessen Sie die Alten nicht!“ – das haben mir viele ältere Menschen als scheidende Sozialministerin mitgegeben. Natürlich nicht! Gleichzeitig aber wissen die Älteren ganz genau, dass „die Alten nicht zu vergessen“, immer auch heißt, die Jungen im Blick zu haben. Denn ihre Zukunft bestimmt auch die Zukunft der Älteren.

Deshalb liegt mein besonderes Augenmerk auf der Jugend, der Bildung, der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Deshalb werde ich mich mit ganzer Kraft dafür einsetzen, dass unsere Wirtschaft dynamisch bleibt, dass sie gute Ausbildungs- und Arbeitsplätze bereithält. Mein Schwerpunkt ist die Gestaltung des demografischen Wandels. Aber damit wir als unterschiedliche Generationen weiter gut leben in unserem schönen Land, müssen wir heute mehr Verantwortung übernehmen für morgen.

Deshalb werde ich an der Schuldenbremse festhalten. Wir brauchen in Zukunft neue Handlungsspielräume. Deshalb werde ich mein Kabinett in Fragen der Energiewende, der Bewahrung der Umwelt und in Nachhaltigkeitsfragen voll und ganz unterstützen. Wir werden mit großer Klarheit die zurzeit anstehenden schwierigen Fragen der Landespolitik lösen.

Rheinland-Pfalz ist auf gutem Weg und soll es bleiben. Im Geiste der rot-grünen Koalitionsvereinbarung wollen wir Neues wagen. Ich will, dass wir morgen sagen können, es ist ein Land:

- das auf Bildung setzt und neue Chancen bietet,
- ein Land der starken Regionen,
- mit attraktiven Wohn- und Arbeitsplätzen,
- mit guter Arbeit und hoch qualifizierten Fachkräften,
- ein Land der Innovationen, in dem Wirtschaft und Wissenschaft kreativ zusammenwirken,
- in dem die Menschen, gleich welchen Alters, selbstbestimmt leben,
- ein Land, das auf die Erhaltung und den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen achtet,
- das sich noch stärker nach Europa öffnet und sich noch enger mit seinen Nachbarn, Luxemburg, Belgien und Frankreich, verbindet.

Und nicht zuletzt: Ich will, dass wir sagen können: Es ist ein Land, in dem Bürgerinnen und Bürger, die in eine schwierige Lebenssituation geraten sind, da auch wieder herausfinden.

Wir brauchen sozialen Optimismus, den politischen Willen und die gezielte Gewissheit, gesellschaftliche, gemeinschaftliche Fragen zum Wohle des Ganzen lösen zu können. Und wir brauchen und haben die Zuversicht, den demografischen Wandel z.B. so zu gestalten, dass nicht weniger, sondern mehr soziale Gerechtigkeit und Generationengerechtigkeit dabei herauskommen. Diese Zuversicht gibt uns Kraft.



PRESSEDIENST

Und für dieses Mehr an Sozialem brauchen wir auch ein Mehr an Miteinander. Als Ministerpräsidentin ist mir wichtig zu wissen, was die Bürgerinnen und Bürger denken, was sie wollen. Ich will ihre Meinungen, Argumente, Fragen und Vorschläge anhören und abwägen können. Ich bin offen für kritische Ratschläge und auch für mögliche Korrekturen.

Wir haben in Rheinland-Pfalz eine breite Dialogkultur. An die will ich anknüpfen, sie stärken, aber ich will noch einen Schritt weitergehen. Ich will neue Formen der Zusammenarbeit von Bürger und Staat. Ich will das staatliche Handeln transparenter machen, die Beteiligung, die politische Partizipation erleichtern, das bürgerschaftliche Engagement weiter stärken und das Gespräch, den Dialog mit allen gesellschaftlichen Gruppen pflegen: mit den Gewerkschaften, der Wirtschaft, den Verbänden, den Kirchen und Religionsgemeinschaften, den Medien und vielen anderen wichtigen gesellschaftlichen Gruppierungen.

1. Den Haushalt demografiefest gestalten

Wir wollen das laufende Jahrzehnt, in dem die geburtenstarken Jahrgänge noch vollständig im erwerbstätigen Alter sind, nutzen, um unsere Finanzen demografiefest zu gestalten. Das ist keine leichte Aufgabe, aber es ist der einzige Weg, um zusätzliche Handlungsspielräume zu schaffen, auch für kommende Generationen, auch für Louise Grohme. Wenn ihre Zukunft sozial, ökologisch und wirtschaftlich leistungsfähig sein soll, müssen wir die Verschuldung heute konsequent zurückführen.

Wir halten am Konsolidierungskurs fest

Die rechtlichen Voraussetzungen zur Konsolidierung sind in unserer Verfassung verankert. Wir haben die ersten substantiellen Konsolidierungsschritte im Hinblick auf die Schuldenbremse beschlossen. Die Maßnahmen sind spürbar. Das weiß ich aus vielen Briefen und Gesprächen. Vieles kann ich nachvollziehen, aber mit Blick auf die Zukunft unseres Landes, werde ich als Ministerpräsidentin an den beschlossenen Sparzielen festhalten. Das bedeutet auch, dass weitere Einsparungen in den nächsten Haushalten umzusetzen sind, um das Konsolidierungsziel von 1,2 Milliarden Euro bis 2016 zu erreichen.

Alle müssen einen Beitrag leisten

Aber auch die Einnahmeseite des Landes muss stimmen. Diese wird maßgeblich durch den Bund bestimmt. Ich sehe Handlungsbedarf in Bezug auf einen Beitrag der Vermögenden. Die Aussetzung der Vermögensteuer seit 1997, die Absenkung der Spitzensteuersätze bei der Einkommensteuer und die Gestaltungsmöglichkeiten bei der Erbschaftssteuer haben Ungerechtigkeiten entstehen lassen. Das muss korrigiert werden. Um die Zukunftsaufgaben finanzieren zu können, müssen die Lasten gerecht verteilt werden.

Konsolidierung der öffentlichen Haushalte



PRESSEDIENST

Die Kommunen können keine weiteren Einnahmeverluste verkraften. Ihre Lage ist schwierig genug. Als Ministerpräsidentin biete ich an: Land und Kommunen Hand in Hand. Ich habe ein Interesse an starken Kommunen. Ich sage aber auch ganz deutlich: Wir schaffen das nicht alleine und brauchen dazu weiterhin die Unterstützung des Bundes, z.B. in Form der im Fiskalpakt mit maßgeblicher Beteiligung von Rheinland-Pfalz vereinbarten Entlastung bei der Eingliederungshilfe.

Seit langem ist der Finanzierungssaldo der Kommunen negativ. Wir werden das ändern. Spätestens in zwei Jahren werden unsere Kommunen in Rheinland-Pfalz erstmals seit fast einem Vierteljahrhundert in die Lage versetzt einen positiven Finanzierungssaldo zu erreichen. Konkrete Vorschläge und Eckpunkte dazu hat die Enquete-Kommission des Landtags inzwischen erarbeitet und dafür bin ich dankbar.

In den kommenden drei Jahren werden wir unseren Kommunen insgesamt eine knappe halbe Milliarde Euro zusätzlich zur Verfügung stellen.

Die großen Sozillasten der kommunalen Haushalte entstehen in den Landkreisen und kreisfreien Städten. Um zu gewährleisten, dass das zusätzliche Geld genau dort ankommt, bedarf es im kommunalen Finanzausgleich auch einer horizontalen Korrektur. Dazu schaffen wir eine neue Sozillastenzuweisung. Wir stellen so bereits 2014 mit einem Volumen von rund 200 Millionen Euro anstelle des bisherigen Sozillastenansatzes in Höhe von 48 Millionen Euro gemäß dem Urteil des Verfassungsgerichtshofs die Umverteilung für die Sozillasten auf ein neues Fundament. Die neue Sozillastenzuweisung bewirkt eine gerechte Verteilung der Mittel.

Dabei stellen wir sicher, dass jeder Landkreis und jede kreisfreie Stadt zukünftig mehr Geld im Haushalt haben wird. Das Land wird einen eigenen spürbaren Beitrag leisten.

2. Demografischer Wandel

Wer in Rheinland-Pfalz unterwegs ist, in den Gemeinden und Landkreisen, sieht heute schon, was der demografische Wandel bedeutet. Die Menschen werden immer älter - und das ist ein Geschenk. Die Zahl der jungen Menschen nimmt ab, wir werden weniger. Tatsächlich handelt es sich um tiefgreifende Veränderungen, die unserer Gesellschaft mehr und mehr ein neues Gesicht geben.

Der demografische Wandel hat Auswirkungen auf alle Bereiche unserer Gesellschaft: auf die Familien, das Wohnen, die Arbeit, Wirtschaft, Bildung und Infrastruktur. Überall gibt es Gestaltungsaufgaben und -chancen. Regional wird die Entwicklung sehr unterschiedlich verlaufen. In einigen Regionen wird die Bevölkerung bis 2030 voraussichtlich zunehmen, wie in Landau, Mainz oder Trier. In anderen geht sie zurück.

Bei der Gestaltung des demografischen Wandels ist die Landesregierung gemeinsam mit den Kommunen gefordert, spezifische Lösungen für unterschiedliche Bedarfe zu erarbeiten. Ob auf dem Land oder in der Stadt, ob Jung oder Alt – wir wollen, dass die Menschen in Rheinland-Pfalz weiter gut leben. Wir wollen keine



PRESSEDIENST

Entscheidungen, die die Älteren oder die Jungen benachteiligen. Wir brauchen Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit.

Nachhaltigkeit und regionale Wertschöpfung

Zu einer zukunftsgerechten Gestaltung gehört auch der Schutz und die verantwortungsvolle Nutzung der Natur, eine der Stärken unseres schönen Landes.

Auch unsere Kinder haben das Recht auf ein Leben in einer intakten Umwelt. Die Landesregierung wird einen Nationalpark in unserer einzigartigen Hunsrücklandschaft unterstützen. Im Gleichklang von Naturschutz und nachhaltiger Tourismus- und Regionalentwicklung liegen die Chancen dieser Region.

Es ist das Ziel der Landesregierung, die ländlichen Räume aufgrund ihrer Stärken nachhaltig zu entwickeln. Regionale Wertschöpfung ist deshalb auch die Leitlinie unserer Landwirtschafts-, Weinbau- und Waldpolitik. Unsere Bauern, Winzer und Waldbesitzer erbringen erhebliche gesellschaftliche Leistungen. Wir begrüßen, dass die EU bei der Förderung der ländlichen Räume Schwerpunkte bei Klimaschutz, Agrarumweltmaßnahmen und der Bürgerbeteiligung setzt.

Zur ethischen Verantwortung im Umgang mit der Natur zählt auch der Tierschutz. Hier ist Rheinland-Pfalz immer Vorreiter gewesen. Wir werden uns im Bundesrat weiter für eine Verbesserung einsetzen und in Rheinland-Pfalz das Verbandsklagerecht einführen.

Demografie-Kabinett

Demografiepolitik hat in Rheinland-Pfalz einen besonderen Stellenwert. Rheinland-Pfalz war 2011 das erste Bundesland, das ein eigenes Demografie-Ministerium geschaffen hat. Um die Bedeutung, die diese Aufgabe für mich hat, zu unterstreichen, werde ich darüber hinaus ein Demografie-Kabinett ins Leben rufen: Damit sich die ganze Landesregierung regelmäßig mit diesem Schwerpunkt beschäftigt.

Kommunalreform

Auch die Kommunen haben längst begonnen, sich auf den demografischen Wandel einzustellen. Sie haben die nicht einfache Aufgabe, kommunale Dienstleistungen bei sinkender Einwohnerzahl weiter in guter Qualität zu erbringen. Das wird durch die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien schneller und einfacher möglich. Auch die Optimierung der Gebietsstrukturen hilft den Kommunen bei der Gestaltung des demografischen Wandels.

Bürgernähe bleibt erhalten

Durch unsere sehr kleinteilige Ortsgemeindestruktur ist die kommunale Ebene besonders bürgernah. Der Erhalt dieser Bürgernähe bleibt uns ein wichtiges Anliegen. Dennoch müssen unsere Kommunen auch von der Größe her



PRESSEDIENST

handlungsfähig bleiben. Die erste Stufe der Kommunal- und Verwaltungsreform hat sich deshalb vor allem auf Neugliederungen von verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden erstreckt. Daran halten wir fest.

Die von mir geführte Landesregierung ist aber offen für konstruktive und machbare Alternativen. Dafür bieten wir Unterstützung durch eine Moderation vor Ort an. Wir wollen auch solche Modelle unterstützen, wo die betroffenen Orts- und Verbandsgemeinden eine sinnvolle Neuordnung über Kreisgrenzen hinweg anstreben, ohne damit eine vorgezogene Änderung der Kreisgrenzen zu verbinden. Dabei unterstützen wir die Lösungsvorschläge, die vor Ort mitgetragen werden und die nicht zu Insellösungen, sondern zu einem für das Land tragbaren Gesamtkonzept führen. Gemeinwohl, Bürgerwille und zukunftsfeste Strukturen sind der Dreiklang, dem wir hier folgen wollen.

Mit der zweiten Stufe der Kommunal- und Verwaltungsreform ab dem Jahr 2014 möchten wir auch die Gebiets- und Verwaltungsstrukturen der Landkreise und kreisfreien Städte demografiefest machen. Die Erfahrungen anderer Länder sollen dabei einfließen. Ich biete den Kommunalen Spitzenverbänden an, Impulse und neue Ideen zu entwickeln und mit zu gestalten. Ich betone: ohne Vorbehalte. Dabei ist mir die Zusammenarbeit mit der Opposition wichtig. Ich lade sie ausdrücklich von Anfang an dazu ein.

In der zweiten Stufe sind mir drei Schwerpunkte besonders wichtig. Erstens: das Stadt-Umland-Problem. Zweitens: die Vertiefung der Aufgabenkritik. Welche Aufgaben sollen auch in Zukunft zwingend staatlich gelöst werden, welche aufgegeben, welche anderen Trägern übertragen werden? Ob und wie können Aufgaben besser, effektiver und kostengünstiger gelöst werden? Der Beteiligung der Bürgerschaft und der Fachleute wird dabei eine besonders wichtige Rolle zukommen. Und drittens: Verwaltungsvereinfachung und Entbürokratisierung. Wir werden beispielsweise fragen, welche Gesetze aufgehoben werden können, weil sie ihren Zweck erfüllt haben.

Demografiepolitik braucht neue Wege in der Förderpolitik

Um den demografischen Wandel zu gestalten, möchte ich auch die Förderpolitik des Landes neu ausrichten. Dazu ist es unerlässlich, dass Kommunen stärker kooperieren und regionale Entwicklungskonzepte erarbeiten, die sich an den gemeinsamen Bedürfnissen orientieren. Die regionalen Entwicklungskonzepte sollen auf Basis von moderierten Beteiligungsprozessen entstehen. So können Prioritäten gesetzt und passgenaue Lösungen gefunden werden. Die Bürgerinnen und Bürger wissen am besten, wie sich die Bedarfe in einer Region aufgrund des demografischen Wandels ändern.

Mit dieser bürgernahen regionalen Strategie geht die Landesregierung neue Wege in der Entwicklung ländlicher Räume. Die Landesregierung wird das Konzept zunächst in Schwerpunktregionen starten.

Veränderte Wohnbedarfe



PRESSEDIENST

Der demografische Wandel führt auch beim Wohnen zu großen Veränderungen. Die Zahl der allein lebenden Menschen, sowohl der älteren als auch jüngeren, wird weiter zunehmen. Die Landesregierung unterstützt den Wunsch vieler Menschen, auch bei Unterstützungs- oder Pflegebedarf weiter zuhause zu wohnen. Dafür brauchen sie vermehrt barrierefreie Wohnungen. Wir helfen durch unsere landesweiten Beratungsstellen und wir kämpfen mit allen anderen Ländern für die Neuauflage eines bundesweiten Förderprogramms durch die KfW.

Die Entwicklung in Stadt und Land verläuft sehr unterschiedlich. In Mainz und Trier z.B. wird der Wohnraum knapp und dementsprechend teuer, hier müssen wir gegensteuern. Im Bundesrat setzen wir uns für die stärkere Deckelung der Mietpreissteigerungen ein.

Die Landesregierung legt auch ein eigenes Wohnraumförderungsgesetz vor, welches Bündnisse für soziale Wohnungspolitik vorsieht. Dabei stellt das Land finanzielle Mittel für den sozialen Wohnungsbau zur Verfügung, die Kommune schafft die bauplanungsrechtlichen Voraussetzungen und die Wohnungsbaugesellschaften bauen oder sanieren Wohnungen.

In jedem Dorf ein gemeinschaftliches Wohnprojekt!

In der Vergangenheit bin ich sehr viel zum Thema „Gut leben im Alter“ im Land unterwegs gewesen. Dabei haben mir viele Menschen ihren Wunsch nach gemeinschaftlichem Wohnen und aktiver Nachbarschaft mitgegeben. Sie wollen selbstbestimmt leben, aber nicht allein. Ich habe die Vision, dass in jeder Kommune in unserem Land gemeinschaftliche Wohnprojekte entstehen, damit Menschen jeden Alters, Arme und Reiche, Menschen mit und ohne Behinderungen zusammenleben können – wenn sie dies wollen. Gerade im ländlichen Raum gibt es mehr und mehr ungenutzte Immobilien, die dafür prädestiniert sind. Das Land wird seine Beratungs- und Förderpolitik auf diese neuen Nachbarschaften einstellen. Wir werden die Gründung von Genossenschaften unterstützen, die sich gemeinschaftliches Wohnen zum Ziel setzen.

Gesundheit und Pflege 2020

Rheinland-Pfalz verfügt landesweit über eine gute medizinisch-pflegerische Versorgung. Dazu beigetragen haben der Masterplan zur hausärztlichen Versorgung, das Geriatriekonzept, die Initiative Gesundheitswirtschaft und das neue Förderprogramm zur Unterstützung von Pflege-Wohngruppen.

Mit dem Projekt „Gesundheit und Pflege - 2020“ wollen wir schwerpunktmäßig dafür sorgen, dass die medizinische und pflegerische Versorgung auch in ländlichen Regionen sichergestellt bleibt. Gerade dort sind aufgrund der abnehmenden Bevölkerungsdichte neue Versorgungsmodelle nötig. Die Landesregierung wird bis Mai ein Konzept für Medizinische Gesundheitszentren in diesen Regionen vorlegen.

3. Sicherung des Fachkräftebedarfs – Gute Arbeit



PRESSEDIENST

Eine der heute schon spürbaren Auswirkungen des demografischen Wandels ist der steigende Bedarf an Fachkräften in einzelnen Branchen und Regionen. Aufgrund der zunehmenden Technologisierung und Digitalisierung der Arbeitswelt geht es dabei nicht nur um die Sicherung einer genügenden Anzahl von Fachkräften, sondern auch um das Niveau ihrer Qualifikation.

Ovaler Tisch – wichtiges Instrument der Fachkräftesicherung

Der Ovale Tisch für Ausbildung und Fachkräftesicherung, bleibt für mich ein wichtiges Instrument. Er wird in diesem Frühjahr eine landesweite Fachkräfteinitiative vorlegen. Daran arbeiten die Partner am Ovalen Tisch: die Gewerkschaften, Kammern, Arbeitgeberverbände, die Bundesagentur für Arbeit und die zuständigen Ministerinnen und Minister der Landesregierung.

Gemeinsam tragen wir Verantwortung dafür, jungen Menschen Aufstiegschancen zu eröffnen. Deshalb steht die Landesregierung weiter zur Durchlässigkeit und Gebührenfreiheit unseres hochwertigen Bildungssystems. Deshalb wollen die Partner am Ovalen Tisch erreichen, dass alle jungen Menschen eine qualifizierte Ausbildung abschließen. Ich will für jeden jungen Menschen im Land eine Ausbildungsgarantie. Dafür will ich unsere Partner am Ovalen Tisch gewinnen.

In Rheinland-Pfalz gibt es zuzeit keinen flächendeckenden Fachkräftemangel. Ungedeckten Bedarf aber zum Beispiel bei den Ingenieuren und in der Gesundheitswirtschaft. Wie wir es bereits bei den Gesundheitsberufen gemacht haben, werden wir gemeinsam mit unseren Partnern ein branchen- und regionenbezogenes Monitoring aufsetzen.

Darüber hinaus will ich die Attraktivität des Standorts Rheinland-Pfalz offensiver kommunizieren und über die Grenzen unseres Landes hinaus um Fachkräfte werben. Rheinland-Pfalz steht in zunehmendem Wettbewerb um die klugen Köpfe. Mit einer Kommunikations-Initiative will ich gezielt für unser Land als gutem Ort zum Leben und Arbeiten werben.

Wir haben die Potenziale

Ich will die Potenziale benennen, die für die Sicherung des Fachkräftebedarfs wichtig sind: Das sind die jungen Menschen, die einen guten Start ins Arbeitsleben brauchen mit sicheren Perspektiven. Das sind die gut und hoch qualifizierten Frauen, die bessere Arbeitsbedingungen brauchen, eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie, weniger prekäre Beschäftigung, flexiblere Arbeitszeiten, mehr Aufstiegschancen. Das sind die Migrantinnen und Migranten und die Zuwanderer aus dem Ausland. Sie sind uns willkommen, sie sind für jedes Unternehmen ein Gewinn und für unsere Gesellschaft eine große Bereicherung. Die anstehende Umsetzung des Bundesgesetzes über die Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen betrifft heute schon etwa 15.000 Menschen in Rheinland-Pfalz.

Ein wichtiges Ziel bleibt, arbeitslose Menschen wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren, bevor sich Langzeitarbeitslosigkeit verfestigt. Wir wollen eine zweite Chance für die Menschen. Zudem müssen wir mit Blick auf die Beschäftigung Älterer kreativer werden. Hier steht den Betrieben unser weiterentwickeltes



PRESSEDIENST

„Kompetenzzentrum Zukunftsfähige Arbeit“ an der Fachhochschule Ludwigshafen zur Seite. Es berät und unterstützt, wenn es um das Gesundheitsmanagement, um altersgerechtes Arbeiten oder um den absehbaren Personal- und Qualifikationsbedarf geht.

Faire Arbeitsbedingungen

Teilhabe am Arbeitsleben und faire Arbeitsbedingungen sind entscheidende Voraussetzungen für Lebensqualität und Selbstentfaltung. Für die Landesregierung sind sie eine Kernfrage sozialer Gerechtigkeit. Sie liegen aber auch im ureigenen Interesse der Wirtschaft. Denn nur mit sicherer Arbeit und guten Löhnen ist der Standort Rheinland-Pfalz für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer attraktiv.

Rheinland-Pfalz hat seit Jahren die drittniedrigste Arbeitslosenquote insgesamt, bei der Jugendarbeitslosigkeit und bei den Älteren. Der Arbeitsmarkt ist robust und noch nie waren so viele Menschen in Beschäftigung in unserem Land. Wir haben aber auch Beschäftigungsformen, die wir auf Dauer nicht akzeptieren wollen: Minijobs, prekäre Beschäftigung, Werkverträge, unbezahlte Praktika nach dem Studium. Die Landesregierung hat sich aktiv dafür eingesetzt, gute Voraussetzungen für sichere, angemessen bezahlte Arbeit zu schaffen - hier in Rheinland-Pfalz mit dem Landestariftreuegesetz, auf Bundesebene mit dem unablässigen Eintreten für einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn. Dazu gehören auch unsere Initiativen zur gleichen Bezahlung von Männern und Frauen und zur Begrenzung von Werkverträgen. Im Bundesrat werden wir uns weiter verstärkt dafür einsetzen, dass Arbeit nicht entwertet wird und die Menschen von ihrer Arbeit auch anständig leben können.

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit als Chance

Der Arbeitsmarkt in Rheinland-Pfalz lebt auch von der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Ich sehe es als Chance, dass Rheinland-Pfalz vor wenigen Tagen die Präsidentschaft der Großregion übernommen hat. Wenn ich den Arbeitsmarkt in der Großregion in den Mittelpunkt meiner Gipfelpräsidentschaft stelle, dann geht es mir vor allem um grenzüberschreitende Antworten auf den Wandel von Beschäftigung und Arbeitswelt.

4. Starker Wirtschaftsstandort

Unsere prosperierende Wirtschaft mit gut ausgebildeten Fachkräften und sicheren Arbeitsplätzen ist die beste Basis für die gedeihliche Entwicklung unseres Landes. Die Unternehmen in Rheinland-Pfalz haben einzigartige Stärken, die unser Land im nationalen und internationalen Wettbewerb hervorragend positionieren. Der Mittelstand - kleine und mittlere Unternehmen und Familienunternehmen, prägt unsere Wirtschaft, darunter vergleichsweise viele Hidden Champions, Weltmarktführer in ihren Produkten und Dienstleistungen.

Zu den Vorteilen unseres Wirtschaftsstandortes gehört auch eine starke Industrie, vor allem aber das Zusammenwirken von Industrie, innovationsstarkem Mittelstand und produktionsbegleitenden Dienstleistungen. Das wollen wir weiter stärken. Im



PRESSEDIENST

„Dialog Industrieentwicklung“ verständigen sich die Wirtschaftsverbände, die Kammern, die Gewerkschaften und die Landesregierung über die Rahmenbedingungen einer nachhaltigen erfolgreichen Industrieentwicklung.

Bei Unternehmensgründungen ist unser Land besonders erfolgreich, unter den Flächenländern sogar auf Platz eins. Gerade in den Zukunftsbranchen sind wir dabei, neue Chancen zu schaffen: in der Gesundheitswirtschaft, dem Tourismus, der Logistik, der Kultur- und Kreativwirtschaft, bei den IT-Dienstleistungen. Deshalb unterstützt die Landesregierung in Innovationsfeldern die Vernetzung und Kooperation der Unternehmen und Hochschulen in Clustern.

Infrastrukturprojekte stärken die regionale Wirtschaft

Die Landesregierung trägt Verantwortung für große Infrastrukturprojekte, die hier im Landtag und in der Öffentlichkeit kritisch diskutiert werden. Ich verstehe diese Kritik, will aber auch deutlich machen, wie wir aus Fehlern lernen.

Unsere Erfahrung mit dem Nürburgring in Bezug auf Beihilfen veranlasst mich, den Dialog und die Zusammenarbeit auf Ebene der Europäischen Union zu verstärken. Denn die europäische Beihilfenkontrolle macht es uns nicht immer leicht, unserer gesellschaftlichen Verantwortung für die regionale Wirtschaftsstruktur gerecht zu werden. Die Europäische Kommission betrachtet Infrastrukturprojekte immer häufiger aus einem engen wettbewerbpolitischen Blickwinkel. Mein Ziel ist, ihr die regionalwirtschaftliche Bedeutung unserer Infrastrukturprojekte und die Auswirkung von Kommissionsentscheidungen auf die betroffenen Regionen bewusst zu machen. Auf dieser Grundlage müssen dann gemeinsame Lösungen gefunden werden. Dabei sind unsere regionalpolitischen Erfordernisse und die wettbewerbpolitischen Ansprüche der Kommission zu einem für alle Seiten guten Ausgleich zu bringen.

Zukunft für den Nürburgring

Am Nürburgring ist im vergangenen Jahr eine Zäsur eingetreten. Die Besitzgesellschaft musste Insolvenz anmelden. Der Sanierungsgeschäftsführer arbeitet nun mit großer Stringenz, Klarheit und Offenheit daran, die Grundlagen für die Zukunft des Nürburgrings zu schaffen. Wir werden das uns Mögliche tun, um die europarechtlichen Spielräume zur Gestaltung der Zukunft des Nürburgrings mit der Kommission abzustimmen. Ich wünsche mir eine gute Zukunft für den Nürburgring – er hat das Potenzial zum Motor für die regionale Wirtschaft. Die Herausforderungen sind weiterhin groß, die Chancen für die ganze Region aber auch.

Auch wenn die Aktivitäten am Nürburgring nun dem direkten politischen Einfluss entzogen sind, werden wir uns dafür einsetzen, den Nürburgring für die Region zu sichern. Er bietet den Menschen dort Arbeit und ist ein Anziehungspunkt weit über die Region hinaus. Wir wollen den Mythos Nürburgring erhalten.

Flughafen Hahn

Der Flughafen Hahn ist wichtig nicht nur für den Hunsrück. Er ist eines unserer herausragenden Infrastrukturprojekte. Der frühere Militärflughafen hat sich nach seinem zivilen Neubeginn innerhalb kurzer Zeit rasant entwickelt und ist heute



PRESSEDIENST

Beschäftigungsmotor der Region. Aber die Lage am Flughafen ist wirtschaftlich schwierig. Die Geschäftszahlen haben sich verschlechtert.

Der Flughafen braucht im Betrieb eine konsequente Umstrukturierung sowie Liquidität, bis diese Umstrukturierung greift und die Europäische Kommission über neue Flughafenleitlinien entschieden hat. Wir haben bereits den Dialog mit der Kommission begonnen, um den weiteren Weg zu besprechen.

Als Signal in die Region und an die Kollegen und Kolleginnen: Wir werden alle Kraft daran setzen, dem Hahn eine gute Zukunft zu ermöglichen.

Zentrale Verkehrsprojekte

Wie im Koalitionsvertrag vereinbart, wird die Landesregierung eine Infrastrukturpolitik verfolgen, die nachhaltige Mobilität sichert und den öffentlichen Verkehr stärkt.

Verkehrsprojekte sind wichtige Infrastrukturprojekte: für unsere exportorientierte Wirtschaft und für die Mobilität im ländlichen Raum. Die Koalitionspartner sind sich einig, dass wir Verlässlichkeit, Planungssicherheit und einen realistischen Blick auf die Kosten brauchen. Wir sind uns in vielen Projekten einig und haben im Koalitionsvertrag ein gutes Fundament. Da, wo es unterschiedliche Auffassungen gibt, ist der Weg zu einer Einigung einvernehmlich beschrieben. Die Landesregierung wird rechtzeitig definieren, welche Projekte für den nächsten Bundesverkehrswegeplan angemeldet werden. Ich bin sicher, dass wir uns auf gute Lösungen verständigen werden.

Wir wollen den aktiven Lärmschutz bei allen Verkehrsträgern ausbauen. Mit einer Bundesratsinitiative zum Fluglärm werden wir einfordern, dass der Lärmschutz schon bei Genehmigungsentscheidungen ein wesentlich stärkeres Gewicht erhält. Die Festlegung von Flugrouten muss künftig in einem öffentlichen Verfahren mit Bürgerbeteiligung und Klagerechten erfolgen. Im Übrigen muss das Nachtflugverbot am Frankfurter Flughafen strikt eingehalten werden.

Die Verlagerung des Schienengüterverkehrs aus dem Mittelrheintal ist nicht nur eine unbedingt erforderliche Entlastung der Bürgerinnen und Bürger vom Lärm. Sie ist auch ein wichtiges Vorhaben für den Güterverkehr. Die Landesregierung wird sich weiterhin dafür einsetzen, dass der Bund endlich konkrete Planungsschritte und einen Zeitplan für eine Alternativtrasse vorlegt.

Transfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft

Zukunft gewinnen wir durch Innovation: indem aus einer guten Idee ein gutes Produkt oder eine gute Dienstleistung wird. Innovation ist für mich ein Schlüsselbegriff für wirtschaftliche Entwicklung. Deshalb will ich eine neue Transfer-Initiative anstoßen, die die Zusammenarbeit von Wirtschaft und Wissenschaft verbessert und den unkomplizierten Austausch ermöglicht.

Gemeinsam mit dem Wirtschafts- und dem Wissenschaftsministerium will ich einen regelmäßigen Austausch über den Stand der wissenschaftlichen Forschung und den unternehmerischen Bedarf führen. Die Clusterstrategie des Landes will dies künftig



PRESSEDIENST

stärker berücksichtigen. Zudem wird das Land die organisatorischen Voraussetzungen schaffen, die die Wissenschaft mit mittelständischen Unternehmen zusammenbringen und den Informationsaustausch verbessern sollen. Noch in diesem Jahr will ich zu einem „Forum Technologietransfer“ einladen.

Land der starken Regionen

Die Landesregierung unterstützt innovative und flexible Instrumente und Handlungsstrategien, die das Unternehmertum im ländlichen Raum fördern. Ich begrüße deshalb das Schwerpunktprojekt Wirtschaft im ländlichen Raum der Zukunftsinitiative Rheinland-Pfalz. Im Rahmen dieses Schwerpunktes möchte ich anregen, eine Initiative „Land der starken Regionen“ ins Leben zu rufen. In Dialogforen für die regionale Wirtschaft und Politik vor Ort könnten Wege zur Stärkung der regionalen Unternehmen herausgearbeitet werden.

Nachhaltigkeit als Erfolgsfaktor

Die Regierungskoalition hat sich das Ziel gesetzt, den sozial-ökologischen Wandel zu gestalten. Dabei haben die Dimensionen der Nachhaltigkeit – ökonomische, soziale und ökologische Verantwortung - eine besondere Bedeutung. Sie werden in ein paar Jahren Standards sein, die über den Erfolg der Unternehmen auf dem Markt und über die Akzeptanz bei Mitarbeitern und Kunden entscheiden. Nachhaltigkeit ist ein Wettbewerbsvorteil.

Die Landesregierung möchte, dass nachhaltiges Unternehmertum ein Markenzeichen der rheinland-pfälzischen Wirtschaft und zu einem weltweiten Exportvorteil wird. Viele kleine und mittlere Unternehmen haben sich bereits auf den Weg gemacht. Ich will gemeinsam mit allen Akteuren ein offenes „Netzwerk nachhaltige Unternehmen“, das dafür wirbt, dass Unternehmen ihren Betrieb und ihre Produkte nachhaltig ausrichten. Auch hier sehe ich einen Weg über die Zukunftsinitiative Rheinland-Pfalz, den Austausch der Betriebe über gute Beispiele anzustoßen.

Verlässliche Partnerschaft

Ich sende ein klares Signal an die Wirtschaft. Wirtschaftlicher Erfolg ist ein wichtiges Ziel meiner Politik. Ich bin überzeugt, dass nachhaltig wirtschaftlicher Erfolg nur in einer sozialen und ökologischen Marktwirtschaft möglich ist. Wichtig sind mir Begegnungen, Gespräche und die Zusammenarbeit mit den großen und kleinen Unternehmen in unserem Land, mit dem Handwerk, der Landwirtschaft, dem Weinbau und den freien Berufen. Ich will Ihnen allen, Unternehmen, Kammern und Verbänden eine aufmerksame Begleiterin und verlässliche Ansprechpartnerin sein.

Und ich sende ein klares Signal an die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihre Vertretungen, die Gewerkschaften und die Betriebs- und Personalräte. Die Mitbestimmung und die verantwortungsvolle Mitwirkung der Betriebs- und Personalräte tragen wesentlich dazu bei, Beschäftigung und Gute Arbeit zu sichern. Sie sind Garant für Arbeitnehmerrechte. Deshalb stehe ich auch in Zukunft an ihrer Seite.



PRESSEDIENST

Ich lade die Gewerkschaften, die Personalräte und den Hauptpersonalrat der Landesregierung ein, mit uns gemeinsam an Perspektiven zu arbeiten, die das Land als attraktiven und konkurrenzfähigen Arbeitgeber stärken.

5. Energiewende

Mit der Energiewende hat die Landesregierung ein großes Vorhaben in Angriff genommen, das Generationen übergreift und Gesellschaft und Wirtschaft nachhaltig verändern wird. Der Schutz des Klimas und die Bewahrung von Mensch und Natur sind für die Landesregierung grundlegende Werte. Deshalb wollen wir unseren Stromverbrauch bis zum Jahr 2030 bilanziell zu 100 Prozent aus Erneuerbaren Energien decken.

Unser Konzept: dezentrale Energieerzeugung

Unser Konzept heißt dezentral statt zentral. Dezentrale Energieerzeugung spart Kosten beim Netzausbau und verringert Energieverluste beim Transport. Eine Energieversorgung aus eigenen regenerativen Quellen in einem Netz innerhalb Europas schafft mehr Unabhängigkeit bei der Versorgung mit Rohstoffen. Nicht zuletzt tut es auch der Wirtschaft gut, denn die Energiewende schafft Arbeitsplätze.

Mit der Teilfortschreibung des Landesentwicklungsprogramms IV ermöglichen wir den zügigen und geordneten Ausbau der Windenergie. Sie ist die leistungsfähigste unter den erneuerbaren Energien. Es ist nicht Aufgabe des Landes, über einzelne Standorte von Windkraftanlagen zu entscheiden. Das kann nur - innerhalb dieses Rahmens - vor Ort in den Kommunen geschehen. Für die Akzeptanz der Energiewende vor Ort ist es allerdings auch notwendig, die Bürgerinnen und Bürger aktiv zu beteiligen.

Guter Platz beim Ausbau von erneuerbaren Energien

Im Vergleich der Länder liegt Rheinland-Pfalz auch beim Ausbau der erneuerbaren Energien gut im Rennen. Im 1. Halbjahr 2012 lagen wir beim Zubau von Windenergie auf dem dritten Platz, beim Neubau von Windkraftanlagen waren wir führend unter den deutschen Binnenländern. Für eine verlässliche Energieversorgung müssen wir Stromerzeuger, -speicher und -verbraucher intelligent miteinander vernetzen. Beim Ausbau der Übertragungsnetze liegt Rheinland-Pfalz im Plan.

Kritik der Wirtschaft und Chancen für die Wirtschaft

Ich weiß, dass die Energiewende und der zügige Ausbau der erneuerbaren Energien auch kritisch gesehen werden, gerade in der Wirtschaft. Das nehme ich ernst und werde mich gemeinsam mit der Wirtschaftsministerin damit auseinandersetzen, denn eine leistungsfähige Energieversorgungsinfrastruktur und bezahlbare Energie sind wesentliche Grundlagen wirtschaftlichen Erfolgs. Mir ist wichtig, dass wir die Chancen, die die Energiewende uns bietet, mutig nutzen, um Impulse für den Standort Rheinland-Pfalz zu sichern.



PRESSEDIENST

Sozialverträgliche Gestaltung der Energiepreise

Steigende Energiepreise treffen besonders Menschen mit geringen Einkommen. Wir wollen auf verschiedenen Wegen Abhilfe schaffen. Einen Baustein hat die Energieministerin vor 14 Tagen zusammen mit der Verbraucherzentrale präsentiert. Das Pilotprojekt, das zunächst in Mainz startet, erarbeitet ganzheitliche Lösungen für in Zahlungsschwierigkeiten geratene Verbraucherinnen und Verbraucher.

Das Thema Energiekosten wird zunehmend zu einem Thema der sozialen Gerechtigkeit. Wir werden eine Bundesratsinitiative auf den Weg bringen, die die Bundesregierung auffordert, ein Programm aufzulegen - unter anderem mit dem Ziel, die Anschaffung von energieeffizienten Elektrogeräten für Transferempfänger zu unterstützen und die Preissteigerungen von Strom und Wärme in der Grundsicherung, bei der Sozialhilfe und beim Wohngeld auszugleichen.

6. Familie, Kinder, Jugend

Wenn wir es ernst meinen, den demografischen Wandel gemeinsam zu gestalten, dann müssen wir den jungen Menschen, die im Verhältnis zu den Älteren weniger werden, eine stärkere Stimme geben.

Eine starke Stimme für die Jugend

Die Generation von Louise Grohme muss auch aufgrund der veränderten Alterszusammensetzung der Wahlberechtigten bei politischen Entscheidungen mehr Gewicht bekommen. Deshalb tritt die Landesregierung für das Wahlalter ab 16 Jahren ein.

Das Beteiligungsprojekt „jugendforum.rlp“

Mir ist wichtig, junge Menschen in die Landespolitik einzubeziehen. So haben Jugendliche im ganzen Land in dem Projekt „jugendforum.rlp“ Ideen und Vorschläge für die Gestaltung wichtiger Politikfelder gesammelt. Der Ministerrat wird sich in einer eigenen Sitzung mit ihren Forderungen auseinandersetzen. Aber dabei wird es nicht bleiben. Ich möchte mich kontinuierlich mit jungen Menschen beraten und sie zum Gespräch in die Staatskanzlei einladen.

Familie ist, wo Menschen füreinander eintreten

Wir orientieren unser Familienbild an der gesellschaftlichen Wirklichkeit. Familie ist da, wo Kinder sind, wo Lebenspartner oder Generationen verlässlich füreinander eintreten. Wir wollen es Paaren leichter machen, sich ihren Kinderwunsch zu erfüllen. Dazu brauchen sie gute und verlässliche Betreuungsangebote, familiengerechte Arbeitszeiten und finanzielle Entlastung.

Der Rechtsanspruch für Kinder unter drei Jahren auf einen Betreuungsplatz ist noch nicht erfüllt. Wir streben eine Betreuungsquote von mindestens 39 Prozent an. Die Koalitionspartner sind sich einig, die Kommunen beim U3-Ausbau stärker als bisher



PRESSEDIENST

finanziell zu unterstützen. Dazu wird die Landesregierung in Kürze einen Vorschlag unterbreiten.

Kinderfreundliches Rheinland-Pfalz

Rheinland-Pfalz ist ein besonders kinderfreundliches Land. Bundesweit einmalig ist, dass Eltern in Rheinland-Pfalz seit 2010 keine Beiträge mehr für den Kitabesuch zahlen. Durchschnittlich werden die Eltern jährlich um 740 Euro je Kind entlastet.

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist heute eine zentrale Gerechtigkeitsfrage. Wir brauchen innovative Ansätze für flexible Kinderbetreuung, mehr Zeitsouveränität für Familien und eine an den Lebensphasen orientierte Personalpolitik. Das sind Themen, um die wir uns in den kommenden Jahren intensiv kümmern werden.

Vielfalt und Gleichstellung

Unsere Gesellschaft wird immer vielfältiger. Wir sehen die Unterschiedlichkeit und Verschiedenheit der Menschen als Chance und fördern ihre Potenziale. Wir wenden uns entschieden gegen Benachteiligung.

Zur Akzeptanz von Vielfalt gehört für uns auch ein wirksamer Diskriminierungsschutz. Niemand darf wegen seines Geschlechts, einer Behinderung, des Alters, der sexuellen Orientierung, Religion oder Weltanschauung benachteiligt werden. Mit unserem Landesaktionsplan setzen wir uns für die Gleichstellung gleichgeschlechtlicher und queerer Lebensweisen ein, mit dem „Netzwerk diskriminierungsfreies Rheinland-Pfalz“ für Akzeptanz, Gleichstellung und Teilhabe in allen gesellschaftlichen Bereichen.

7. Bildungspolitik

Das hervorragende Bildungssystem ist Markenzeichen unseres Landes. Wir setzen auf Bildungsteilhabe und gleiche Bildungschancen für alle. In Rheinland-Pfalz soll die soziale Herkunft nicht über den Bildungserfolg entscheiden. Deshalb bleibt es bei der Gebührenfreiheit von der Kita bis zur Hochschule. Kein Kind, kein junger Mensch darf zurückgelassen werden!

Aufstieg durch Bildung

Eine Schulstruktur mit der Realschule plus, mit Integrierten Gesamtschulen, die ausgebaut werden, und dem Gymnasium ist in Rheinland-Pfalz Garant für Aufstiegsorientierung und Chancengleichheit. Aufstieg durch Bildung – dafür steht die Landesregierung. Dafür stehen die Fachoberschulen an den Realschulen plus und die vielfältigen Möglichkeiten an unseren Berufsbildenden Schulen. Ich bin stolz darauf, dass wir als Ganztagschulland bundesweit Aufmerksamkeit erzielt und Nachahmer gefunden haben.

Unterrichtsversorgung



PRESSEDIENST

Die Verbesserung der Unterrichtsversorgung ist eines unserer wichtigsten bildungspolitischen Ziele. Bis 2016 sind dafür rund 500 Stellen fest eingeplant. Darüber hinaus wollen wir die Kontinuität in der Lehrkräfteversorgung und die Beschäftigungsbedingungen für junge Lehrkräfte deutlich verbessern, indem wir den Vertretungspool auf 1.000 feste Beamtenstellen ausbauen. Trotz notwendiger Einsparungen werden wir im Laufe der Legislaturperiode mehr Geld pro Schülerin und Schüler ausgeben und die Schüler-Lehrer-Relation bis zum Schuljahr 2016/17 deutlich verbessern.

Medienkompetenz macht Schule

Medienkompetenz gehört zu den Kulturtechniken, die man beherrschen muss, um selbstbestimmt am gesellschaftlichen Leben teilnehmen zu können. Deshalb bleibt die Vermittlung von Medienkompetenz für die Landesregierung ein integraler Bestandteil von Bildung.

Ein wichtiger Baustein ist das Programm „Medienkompetenz macht Schule“, das dem Kompetenzerwerb der Schülerinnen und Schüler, der Lehrkräfte und Eltern dient und auch Maßnahmen zum Ausbau des Jugendmedienschutzes enthält. Bis heute haben wir bereits über 440 Schulen in Rheinland-Pfalz mit moderner Hard- und Software ausgestattet – und es geht weiter. Wir wollen noch in dieser Legislaturperiode möglichst alle allgemeinbildenden Schulen der Sekundarstufe I erreichen.

Darüber hinaus entwickeln wir den „Medienkompass.rlp“, ein Angebot, um Fähigkeiten und Kenntnisse im Bereich Medienkompetenz nachzuweisen. Wer den Kompass hat, ist medienfit.

Weiterentwicklung zu inklusiven Schulen

Wir werden unsere Schulen konsequent zu inklusiven Schulen weiterentwickeln, in denen behinderte und nichtbehinderte Kinder gemeinsam lernen. Dafür stellen wir 200 Vollzeitlehrerstellen bis zum Jahr 2016 zur Verfügung. Auf jeden Fall aber werden die Eltern in Rheinland-Pfalz ein verbrieftes Wahlrecht haben, ihr Kind einer inklusiven Schule oder einer Förderschule anzuvertrauen.

Unser Ziel ist, dass die Schulen in Rheinland-Pfalz die Stärken jeder Schülerin und jedes Schülers individuell fördern. Lehrerinnen und Lehrer brauchen Zeit und Raum, jedem einzelnen Kind gerecht zu werden. Deshalb haben wir uns in Rheinland-Pfalz früher als andere für die flächendeckende Einführung von Ganztagschulen entschieden. Und deshalb haben wir auch nie ein „Turbo-Abi“ eingeführt. Diesen erfolgreichen Weg werden wir weitergehen.

Land der Chancen

Wir wollen das Land der Chancen sein. Ohne Schulabschluss, ohne qualifizierte Ausbildung, aber auch ohne regelmäßige Weiterbildung sind nicht nur die beruflichen Perspektiven gefährdet, auch die Möglichkeiten der gesellschaftlichen Teilhabe. Deshalb gilt für uns: Wenn es trotz aller Anstrengungen im ersten Anlauf nicht oder noch nicht geklappt hat, muss es eine zweite und auch dritte Chance geben.



PRESSEDIENST

Wer keinen Schulabschluss erreicht hat, muss ihn nachholen können. Ich bin froh, dass wir mit dem Projekt „Keiner ohne Abschluss“ einen erfolgreichen Weg eingeschlagen haben. Im zweiten Projektjahr haben 87 Prozent der Jugendlichen ihre zweite Chance genutzt und das Zeugnis der Berufsreife erhalten. Wer das Lesen nicht erlernt oder wieder verlernt hat, braucht ein neues Angebot. Deshalb haben wir eine Kampagne zur Alphabetisierung gestartet.

Die duale Ausbildung hat sich bewährt – im Handwerk, in der Industrie, ebenso in einigen Gesundheits- und Sozialberufen. Wir wissen aber auch, dass beide Systeme, das akademische wie das duale, umso mehr Chancen eröffnen, je durchlässiger sie für einander sind. Deshalb ist uns der Hochschulzugang ohne Abitur so wichtig. Ganz gleich, welchen Weg die jungen Menschen in unserem Land wählen, jede Tür soll ihnen offen stehen.

Studiengang Pflege

In einer älter werdenden Gesellschaft werden die Ausbildungsberufe in der Pflege immer wichtiger, aber auch anspruchsvoller. Deshalb wollen wir zusätzliche Qualifizierungsmöglichkeiten eröffnen. Über die Aussichten, dass ein neuer Studiengang an der Universität Trier im Bereich Pflege das bestehende Angebot der Hochschule Ludwigshafen und der Katholischen Hochschule in Mainz sinnvoll ergänzen wird, freue ich mich.

Es kommen mehr Studierende als erwartet

Steigende Studierendenzahlen bestätigen unseren Weg, stellen uns aber auch vor große finanzielle Herausforderungen. Wir haben unseren Hochschulen in den vergangenen Jahren zusätzliche Mittel über das Sondervermögen „Wissen schafft Zukunft“ zur Verfügung gestellt. Und wir haben den bundesweiten Hochschulpakt erfolgreich umgesetzt. Deshalb ist es an der Zeit, dass sich die Bundesregierung klar zur Fortsetzung und Ausfinanzierung des Hochschulpaktes bekennt.

Hochschulen sind Zukunftswerkstätten

Hochschulen sind Zukunftswerkstätten. Sie müssen sich im internationalen Wettbewerb behaupten. Gleichzeitig aber will ich ihre Bedeutung als regionale Innovationszentren weiter stärken. Was wäre Kaiserslautern ohne seine Technische Universität und die Vielzahl der Forschungseinrichtungen und Ausgründungen? Ohne die unter dem Dach der Science Alliance zusammen geschlossenen zwölf Forschungsinstitute?

Rheinland-Pfalz hat einen anerkannten Platz in der Wissenschaftslandschaft. Wahr ist aber auch: Die bundesweite Verteilung der überregionalen Forschungsförderung nimmt regionale Ausgewogenheit und Leistungsfähigkeit nicht immer in den Blick. Wissenschaftsförderung hat ihre eigenen Regeln, aus politischer Sicht muss eine strukturpolitische Dimension dazu kommen.

Reiches kulturelles Erbe – kulturelle Vielfalt



PRESSEDIENST

Zur Lebenssicherheit gehören ein gutes Auskommen, wirtschaftliche und finanzielle Stabilität. Zu einem guten Leben, zu menschlichem Reichtum gehören Kunst und Kultur. Sie sind der schönste Ausdruck menschlicher Kreativität und Selbstbesinnung. Gerade in Zeiten des Umbruchs haben sie eine besondere Bedeutung.

Rheinland-Pfalz ist ein starker Kulturstandort. In unserem Land sind Orte des Weltkulturerbes und weitere sollen dazu kommen. Die Pflege unserer großen kulturellen Tradition und die Förderung der kulturellen Vielfalt unseres Landes gehören zu den wichtigen Aufgaben der Landespolitik. In unserer Kulturszene ist Raum für Tradition und Experiment. Wir brauchen Theater, Orchester und Museen und wir sind stolz auf die Vielzahl herausragender Künstler und Ensembles. Unser Ziel ist es, jedem Menschen zu ermöglichen, kulturell teilzuhaben und sich kreativ zu entwickeln. Beides ist mir ein besonderes Anliegen.

8. Medienpolitik

Medienpolitik gehört zu den Kernkompetenzen der Länder in der föderalen Aufgabenteilung. Ich freue mich darauf, in der Tradition meiner Vorgänger seit Peter Altmeier den Vorsitz der Rundfunkkommission der Länder weiterzuführen.

Die Medienlandschaft befindet sich in einem gewaltigen Umbruch. Das Netz verändert die Kommunikation, die wirtschaftlichen Beziehungen, die Informationsbeschaffung, den Journalismus und auch die Demokratie. Es kommt darauf an, die Veränderungen so zu gestalten, dass die großen Chancen genutzt und die Gefahren beherrschbar sind. Für die Landesregierung geht es vor allem um Meinungsfreiheit, Meinungsvielfalt, demokratische Teilhabe und die Verhinderung von Monopolen.

Wir wollen allen Menschen in Rheinland-Pfalz die Möglichkeiten der Digitalisierung eröffnen. Deshalb werden wir uns bei der Versorgung mit leistungsfähigem Breitband weiter engagieren.

Wir werden die Medienkompetenz nicht nur an den Schulen weiter stärken. Wir setzen dabei auf starke Partner, wie die Landesmedienkonferenz, die Volkshochschulen, den Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit sowie den Verbraucherschutz.

Die Reform des SWR-Staatsvertrags werde ich zusammen mit der baden-württembergischen Landesregierung zu einem guten Ende führen. Wir gewährleisten, dass wir in Rheinland-Pfalz einen starken Landessender mit eigenen Verantwortlichkeiten für die aktuelle und kulturelle Berichterstattung aus und über das Land behalten. Die Kontrolle der Medienkonzentration muss angesichts der Digitalisierung weiterentwickelt werden. Dabei kommt es der Landesregierung darauf an, die regionale und lokale Berichterstattung im Rahmen des Konzentrationsrechts zu stärken.



PRESSEDIENST

Der Medienstandort Rheinland-Pfalz ist mir wichtig. Dazu zählen die Universitäten und Fachhochschulen. Dazu zählen ZDF, SWR, RPR, große Verlagshäuser und viele mittelständische Medienunternehmen und kreative Start-ups. Wir müssen die Idee eines Netzwerks weiter konkretisieren. Wir brauchen exzellente Ausbildung und Forschung. Wir wollen das Wissen an den Hochschulen und die wirtschaftliche Innovationskraft der Unternehmen bündeln, um den Medienstandort Rheinland-Pfalz weiterzuentwickeln.

9. Neue Formen der Zusammenarbeit von Bürger und Staat

Alle demokratischen Parteien unseres Landes haben beim Aufbau und der Entwicklung der Demokratie in Rheinland-Pfalz über Jahrzehnte hinweg Großes geleistet. Sie sind fest in den Dörfern und Städten des Landes verwurzelt, greifen die Sorgen, Nöte, Wünsche und Interessen der Bürgerinnen und Bürger auf und verschaffen ihnen Gehör und politischen Einfluss.

Die Freude über diese vitalen Traditionen unserer Parteien darf uns aber nicht den Blick verstellen für die neuen Erwartungen selbstbewusster und aktiver Bürger an die Politik. Das Verständnis von Demokratie hat sich gewandelt. Es erstreckt sich heute nicht mehr „nur“ auf die Instrumente der repräsentativen Demokratie: auf Parteien, Wahlen, Parlamente. Es schließt immer mehr auch die Möglichkeiten der direkten Demokratie, der unmittelbaren Beteiligung, mit ein.

Das ist ein Segen. Denn die Politik kann von mehr Beteiligung nur profitieren. Wir sind sogar darauf angewiesen, denn wir können heute in vielen Politikfeldern nicht mehr erfolgreich handeln, wenn sich Bürgerinnen und Bürger nicht aktiv einbringen. Deshalb ist mir wichtig, dass sich Betroffene äußern, dass Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit haben, politische Sachfragen unmittelbar mit zu diskutieren und mit zu entscheiden. Repräsentative und Elemente der direkten Demokratie werden heute nicht mehr als Gegensätze empfunden, sondern als unterschiedliche Wege, zu besten Lösungen beizutragen.

Deshalb will ich die Formen der Zusammenarbeit von Bürger und Staat in unserem Land neu justieren. Deshalb will ich, dass staatliches Handeln transparenter und die Beteiligung leichter wird. Ich will das bürgerschaftliche Engagement weiter stärken und den Dialog mit allen gesellschaftlichen Gruppen pflegen und intensivieren. Die Enquete-Kommission des Landtags leistet hier hervorragende Arbeit. Ich danke allen Fraktionen dafür.

Transparenz schaffen

Unsere Demokratie ist eine Sache mündiger und gut informierter Bürgerinnen und Bürger. Hier hat die Politik eine Bringschuld, sie muss sich erklären, ihre Vorhaben und Entscheidungsgrundlagen nachvollziehbar machen, veröffentlichen, Barrieren abbauen, sich öffnen. Sie muss transparenter werden, auch und gerade mit Hilfe der neuen Medien.

Durchsichtig und transparent heißt dabei nicht gläsern. Natürlich gibt es auch Grenzen. Sie sind dem Schutz persönlicher Daten, den Betriebs- und



PRESSEDIENST

Geschäftsgeheimnissen und auch staatlichen Sicherheitsinteressen geschuldet. Im Vordergrund aber steht das Recht der Bürgerinnen und Bürger auf umfassende Information. Dem will ich durch ein Transparenzgesetz entsprechen.

Wir werden im Laufe der Legislaturperiode unser Informationsfreiheitsgesetz aus dem Jahre 2008 novellieren und mit dem Umweltinformationsgesetz verbinden. Während das Informationsfreiheitsgesetz vorsieht, dass Bürger Informationen erhalten, wenn sie nachfragen, regelt das neue Transparenzgesetz, dass die Verwaltung ihre Informationen in den genannten Grenzen zur Verfügung stellt, so dass der Bürger jederzeit Zugriff hat. Die vorgesehenen Änderungen sind also nicht nur technischer Natur. Sie sollen einen Kulturwandel im Staat, speziell der Verwaltung, bewirken.

In gut einem Monat wird die Landesregierung eine internetgestützte Rheinland-Pfalz-Plattform auf der CEBIT vorstellen und in Betrieb nehmen. Auf dieser Plattform werden wir schrittweise alle Informationen und Daten veröffentlichen, die für die Bürgerinnen und Bürger interessant und von Nutzen sein können.

Die digitalen Medien verändern unsere Welt grundlegend und eröffnen uns schier unendlich viele Möglichkeiten. Das bedeutet mehr Freiheit, aber auch mehr Verantwortung. Ich möchte eine öffentliche Diskussion darüber anstoßen, wie die digitale Welt unsere Gesellschaft verändert und welche ethischen und moralischen Fragen und Aufgaben sich daraus für uns ergeben. Dazu werde ich einen ständigen Landesrat für digitale Entwicklung und Kultur ins Leben rufen und unmittelbar an die Staatskanzlei anbinden. Ihm sollen Vertreterinnen und Vertreter der Wissenschaft, der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft angehören.

Bürgerbeteiligung wird einfacher

Viele Bürgerinnen und Bürger wollen heute mehr und direkter an den politischen Entscheidungsprozessen beteiligt werden. Deshalb möchte ich die Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung verbessern und die Instrumente der direktdemokratischen Teilhabe ausbauen.

Dazu gehört für mich, dass das Quorum für Volksbegehren deutlich abgesenkt wird. Sind bisher 300.000 Unterschriften, d.h. 10 Prozent der Wahlbevölkerung, nötig, um ein Volksbegehren zu stellen, möchte ich die Hürde auf 150.000 Unterschriften halbieren. Dankenswerterweise beschäftigt sich die Enquete Bürgerbeteiligung mit diesen Fragen. Ich würde sehr begrüßen, wenn sie sich auf eine Absenkung des Quorums verständigen könnte.

Noch in diesem Jahr wird die Landesregierung einen Fahrplan für mehr Bürgerbeteiligung vorlegen, der sich auf die Empfehlungen der Enquete-Kommission des Landtags stützt. Er wird auch die Kommunen mit einbeziehen. Durch die Schaffung von Online-Beteiligungsplattformen werden wir die modernen Medien nutzen. Bürgerbeteiligung wird eine Querschnittsaufgabe der Verwaltung.

Es ist für mich unerlässlich, dass wir auch bei der Bürgerbeteiligung größtmögliche Gerechtigkeit herstellen. Jeder, unabhängig von Alter, Geschlecht, Bildung, Herkunft, Einkommen, sexueller Identität und körperlicher Verfassung, muss die Möglichkeit



PRESSEDIENST

zur Teilnahme an Partizipationsprozessen haben. Deshalb muss der Zugang zur Beteiligung in einem umfassenden Sinn barrierefrei und diskriminierungsfrei gestaltet sein.

Größtmögliche Gerechtigkeit in der Beteiligung bezieht sich aber auch auf die Formen der repräsentativen Demokratie. Das bedeutet - und das sage ich in Richtung Bundesregierung: Ausländerinnen und Ausländer aus Drittstaaten, die dauerhaft und rechtmäßig in Deutschland leben, müssen das aktive und passive Kommunalwahlrecht erhalten.

Der Anteil von Frauen in kommunalen Vertretungsorganen muss deutlich erhöht werden. Daher streben wir Maßnahmen an, die bereits für die kommende Kommunalwahl 2014 greifen sollen.

Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements

Zu einer gestaltungsfähigen Politik gehört für mich auch eine lebendige soziale Kultur, d.h. die selbstverständliche Sorge um den Nachbarn, den Nächsten, die Pflege von Gemeinschaft und die Freude, etwas für sie tun zu können. Rheinland-Pfalz liegt beim bürgerschaftlichen Engagement im Ländervergleich heute mit Niedersachsen und Baden-Württemberg auf Platz 1. Das „Wir“ wird in unserem Land ganz groß geschrieben, ob in Sport- oder Jugendverbänden, Eltern- oder Seniorenbeiräten, sozialen Vereinigungen, in Selbsthilfeorganisationen oder bei der freiwilligen Feuerwehr und den Rettungsdiensten.

Dennoch gibt es noch viele Menschen, die sich engagieren würden, wenn sie wüssten wo und wie. Ob Jung oder Alt, ich möchte Sie herzlich einladen, sich einzubringen. Unsere Gesellschaft braucht Bürgerinnen und Bürger, die einander helfen, raten, die unsere Gemeinschaft – gleich auf welcher Ebene - bereichern und lebendig halten. Ich werde sie mit ganzer Kraft dabei unterstützen.

Ich will die Rahmenbedingungen für das bürgerschaftliche Engagement weiter verbessern, darüber hinaus aber auch aktiv auf die Bürgerinnen und Bürger zugehen. Deshalb werde ich einen Beauftragten für ehrenamtliches Engagement berufen. Er wird die Bürgerinnen und Bürger direkt vor Ort ermuntern, sich zu engagieren, und ihnen neue Möglichkeiten des Engagements eröffnen.

10. Gemeinsam für Rheinland-Pfalz

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Herren und Damen, liebe Kollegen und Kolleginnen, liebe Louise Grohme.

Wir leben in einem prosperierenden Land, einem Land voll natürlicher Schönheit, voller Ressourcen und Innovationskraft. Natürlich haben wir auch mit Herausforderungen zu tun, wie jede Generation auf unterschiedliche Weise. Aber wir haben auch Zuversicht mit guten Grund - die Bürgerinnen und Bürger, die gesellschaftlichen Institutionen und auch die Politik.



PRESSEDIENST

In Rheinland-Pfalz ist das Gefühl und die besondere Fähigkeit, zusammenarbeiten zu können ein entscheidendes Potential, ein Potential, das wir gerade heute brauchen. Wir brauchen es z.B. in der Wirtschaft. Unsere gut funktionierende Sozialpartnerschaft hat uns geholfen, die Finanzkrise besser als anderswo zu bewältigen. Wir brauchen es, wenn wir sagen, der wirtschaftliche Erfolg der Zukunft muss und kann auch nur sozial und ökologisch sein.

Wir brauchen unsere Fähigkeit zum Dialog, zur Kooperation heute vor allem auch im Verhältnis von Bürger und Staat. Deshalb hat mich das Mutmachen vieler Bürgerinnen und Bürger bei meinem Amtsantritt so gefreut - und ich will die gewonnene Kraft auch gerne zurückgeben:

- indem ich die Koalition erfolgreich weiterführe,
- indem ich mit Zuversicht daran arbeite, dass wir morgen sagen können: Rheinland-Pfalz bietet immer neue Chancen, es hat starke Regionen und attraktive Wohn- und Arbeitsplätze. Es gibt hier gute Arbeit und hoch qualifizierte Fachkräfte. Es ist ein Land der Innovationen, ein Land, in dem die Menschen selbstbestimmt leben, das die natürlichen Lebensgrundlagen schützt. Es ist an seinen Grenzen ein guter Nachbar und international ein guter Partner.

Ich bin mir sicher, dass wir das erreichen. Wir haben beste Voraussetzungen: ein starkes rot-grünes Team, ein zukunftstaugliches Programm, einen klaren Kompass, verlässliche Partner, und viele engagierte Bürgerinnen und Bürger.

Ich bin mir sicher, dass wir gemeinsam viel erreichen.

Vielen Dank.